

## Bericht zur Jean-Monnet-Konferenz

Ein Europa der Bürger. Herausforderungen von  
der regionalen bis zur globalen Ebene.  
Bildung, Wissenschaft und Forschung als  
Schlüsselemente der Wettbewerbsfähigkeit im  
Donauraum

Passau, 8. – 9. Februar 2012

Alexandra Maria Schmid  
Irene Kögl

02/2012

## Einführung

Anlässlich der Einrichtung des Jean-Monnet-Lehrstuhls fand am **08. und 09. Februar 2012** die Auftaktveranstaltung mit dem Titel: „**Bildung, Wissenschaft und Forschung als Schlüsselemente der Wettbewerbsfähigkeit im Donauraum**“ statt. Zielsetzung der Konferenz war es, aktuelle Entwicklungen im europäischen Integrationsprozess in Verbindung mit der im Juni 2011 vom Europäischen Rat verabschiedeten **EU-Strategie für den Donauraum** (EUSDR) zu setzen. Die Veranstaltung diente außerdem dazu, Fragestellungen der Europaforschung möglichst multiperspektivisch und umsichtig zu beleuchten. Der Fokus der Konferenz richtete sich somit sowohl auf politikwissenschaftliche als auch kulturwissenschaftliche Aspekte europäischer Integrationsprozesse.

Im ersten Workshop unter dem Titel „**Der Cultural Turn in den Politik- und Europawissenschaften. Auf dem Weg zur europäischen Gesellschaft?**“ wurden am ersten Konferenztag aktuelle und grundlegende Probleme der EU-Forschung skizziert. *Professor Dr. Daniel Göler* (Universität Passau) moderierte den Workshop. Die Panelisten *Dr. Ondřej Kalina* (Akademie für Politische Bildung, Tutzing), *Prof. Dr. Maurizio Bach* (Universität Passau) und *Prof. Dr. Uwe Kranenpohl* (Evangelische Hochschule Nürnberg) sorgten für eine kontroverse und differenzierte Debatte.

*Dr. Ondřej Kalina* unterstrich in seinem Beitrag die Bedeutung kultureller Fundamente für Grundfragen der demokratischen Regierbarkeit der Europäischen Union. Aktuelle Problemstellungen, die sich etwa im Rahmen der Diskussion um Eurobonds oder eine mögliche Fiskalunion ergeben, würden den Fokus auf die Frage lenken, wie eine Vertiefung der Integration gewährleistet werden kann, wenn dieser Prozess nicht entsprechend von den europäischen Bürgern getragen wird. Die Suche nach einer längerfristigen, nachhaltigen Lösung des Akzeptanzproblems des Europäischen Projekts könne daher ohne Berücksichtigung (politisch-)kultureller und identitätsstiftender Aspekte keinen Erfolg haben. Aus diesem Grund bedürfe es Reformstrategien, die nicht nur die institutionelle Dimension in den Vordergrund rücken sondern zugleich Impulse für gemeinschaftsbildende Prozesse in sich tragen, um das Legitimationsdefizit der Europäischen Union anzugehen. Eine Option wäre etwa die Nutzarmachung des integrativen Potentials politischer Konflikte in konkreten Sachfragen. Diese würden Aufmerksamkeit schüren und daher, so *Dr. Kalina*, gemeinschaftsbildende Potentiale entwickeln.

Auch **Prof. Dr. Uwe Kranenpohl** diagnostizierte eine Ungleichzeitigkeit zwischen gesellschaftlicher und rechtlicher Integration in der Europäischen Union. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union basierten als völkerrechtliche Verträge auf einem Konsensprinzip, wodurch zugleich formal eine gemeinsame Identität etabliert wird, die in dieser Form auf gesellschaftlicher Ebene nicht in der Europäischen Union vorhanden sei. Dadurch ergebe sich der Widerspruch, dass durch das Primärrecht ein Identitätsbildungsprozess vorausgesetzt wird, der bis dato nicht ausreichend stattfand; zugleich lässt sich aus einer empirischen Analyse folgern, dass das identitätsbildende Potential der europäischen Rechts zudem realiter zu gering sei, um einen merklichen Beitrag zur Kompensation dieser Ungleichzeitigkeit zu leisten.

Eine Gegenthese zu diesen beiden Beiträgen vertrat **Prof. Dr. Maurizio Bach**. Unter dem Titel „*Does Europe exist?*“ konstatiert er ein Scheitern des europäischen Konstitutionalisierungsprozesses, eine strukturell bedingte Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union in Krisensituationen und eine grundsätzliche Erosion der Idee einer europäischen Gesellschaft. Eine Gesellschaftsform jenseits sozialer Strukturen würde Homogenität und Kohäsion voraussetzen. Diese Bedingungen seien im überstaatlichen, europäischen Raum nicht gegeben. Deshalb würden sowohl Bürger als auch Funktionselemente weiterhin ihre nationalen Gesellschaften als Legitimationsquelle heranziehen.

In der anschließenden Diskussion unter Leitung von **Prof. Dr. Daniel Göler** zeigte sich, dass mit dem diagnostizierten Fehlen kultureller Grundlagen europäischer Demokratie zwei Perspektiven assoziiert werden können: Einerseits kann durch ein Forcieren identitätsstiftender Maßnahmen versucht werden, die bis dato unzureichende Konstitution eines gesellschaftlichen Fundaments der europäischen Integration nachzuholen. Andererseits kann mit **Prof. Bach** aber auch argumentiert werden, dass für einen europäischen Gesellschaftsraum schlicht die notwendigen Voraussetzungen fehlen und die Europäische Union anders konstruiert werden müsste. Im Zentrum dieser Debatte stehe dabei nicht nur die Frage nach der Identität der Europäer, sondern auch die Frage nach der Identität der Europäischen Union: Was sie wolle, was sie zu leisten vermag und was sie eigentlich sein möchte. Damit assoziiert seien **Prof. Kranenpohl** zufolge auch Fragen nach der Art der Staatlichkeit der Europäischen Union. Denn unbestritten lasse sich eine Art Quasi-Staatlichkeit diagnostizieren, allerdings mehr in Form eines Verhandlungs- und Rechtssystems denn in Anlehnung an einen Nationalstaat. **Dr. Kalina** griff schließlich die

These der Inkongruenz zwischen gesellschaftlichen und institutionellen Fundamenten des europäischen Projekts auf. Die Herausforderung liege darin, dass die ideale Lösung selbstverständlich in einer Neukonstruktion der Union läge, die die faktischen gesellschaftlichen Fundamente berücksichtige. Allerdings sei diese angesichts des bereits erreichten Integrationsgrades eher ein akademisches Glasperlenspiel denn eine pragmatische Reformstrategie – der Zug sei hier gleichsam abgefahren. Insofern plädiere er eben für eine Second-Best-Lösung, die vor allem identitätsstiftende Maßnahmen fokussiere.

In einem anschließenden **Festvortrag** mit dem Titel „**Jean Monnets Vermächtnis und Auftrag**“ gab der renommierte Politikwissenschaftler *Prof. Dr. Friedrich Kratochwil* (Central European University Budapest) einen Einblick in die kulturellen Grundlagen der europäischen Integration und würdigte die großen Verdienste von Jean Monnet, einem der entscheidenden Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen.

Zunächst skizzierte Professor Kratochwil in groben Zügen die gängigen „Geschichten“ wie sie aus der internationalen Politik und der Rechtstheorie in Bezug auf Europa bekannt sind. Hier bildet der Funktionalismus – korrigiert etwas durch den neo-funktionalistischen Ansatz einerseits- und die juristokratische Version des Fortschreitens der Integration durch Rechtsfortbildung der europäischen Gerichtshöfe mittels der Doktrin des „Supremat“ des Europarechts und dessen „direktem Effekt“, die zwei dominanten Erklärungsmuster in den jeweiligen Disziplinen. Mit großer Verspätung hat sich dann im Zuge der Globalisierungsdebatte und der De-nationalisierung der Politik ein Diskurs über Regieren auf Mehrebenensystemen gebildet und zu Konstitutionalisierungsdebatte und der angeblichen Emergenz eines globalen Verwaltungsrechts einige Brücken geschlagen. Da diese letzten Debatten im Moment noch schwer abzuschätzen seien - vor allem weil nicht klar ist, ob es sich hier um nur um einfache Trendbeobachtungen handele oder ob tatsächlich etwas ambitionierter der Demokratiediskurs einer Weltinnenpolitik mit anderen Mitteln geführt werden ging er auf diese Diskussionen nur am Rande ein. Vielmehr versuchte er in einem zweiten Schritt, Jean Monnets Welt etwas näher zu analysieren. Der letzte Schritt galt dann einer kritischen Ortsbestimmung der Gegenwart. Wichtig ist es, so Kratochwil, die Ideen Jean Monnet´s im historischen Kontext zu verstehen. Generell gibt es zwei unterschiedliche Pfade der Integration: Zum einen die „biologische“ und damit natürliche Variante der Diversität und zum anderen die negative Variante der Uniformität. Die EU muss nach Kratochwil eine grundsätzliche Zielbestimmung vornehmen und dabei lernen konzeptionell zu denken.

Dabei sei gängiges Schubladendenken in erster Linie hinderlich. Was in USA passiert, lasse sich nicht auf EU übertragen, gab Professor Kratochwil zu bedenken. Die Frage muss lauten: „Was wollen wir als Europäer?“ Die Antwort laute - keine Nabelschau und keine Sachzwänge, sondern Eigenbestimmung. Wichtig sei es dabei eine Evaluierung der eigenen Stärken und Schwächen vorzunehmen, die Orientierung an der Realität und die Akzeptanz des Heterogenen.

Im **zweiten Panel** lag der Fokus auf der Donauregion als Forschungsraum. In der Eröffnung warf der Moderator **PD Dr. Mariano Barbato** die grundsätzlichen Leitfragen des Panels auf: Was sind die Strukturen der Forschungslandschaft Donaauraum, wer forscht und wie definiert sich ein Forschungsgegenstand durch den geographischen Standort? Kann ein Fluss als verbindendes Element eine einheitliche Forschungsregion hervorbringen?

**Dr. Anja Opitz** konzentrierte sich in ihrem **Impulsreferat** anschließend auf den westlichen Balkan, der durch die dort nach wie vor stark verbreitete organisierte Kriminalität und die gravierenden ethnischen Konflikte ein nach wie vor relevantes Forschungsgebiet darstelle. Besonders wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass die dort stattfindenden, komplexen politischen Transformationsprozesse keine Selbstläufer sind, sondern durch externe Hilfe unterstützt werden müssten. Als Fallbeispiel führte sie Bosnien-Herzegowina auf, ein Land, in dem die drei ethnischen Einheiten – Kroaten, Serben und Bosnier – mit jeweils eigenen institutionellen Strukturen leben. Nach wie vor gebe es keinen Konsens über die politische Struktur des Landes, stattdessen stehen sich die ethnischen Parteien feindlich gegenüber. Exemplarisch für die schwierige Entwicklung vor Ort ist, so Opitz, dass zwischen der letzten Parlamentswahl und der Regierungsbildung in Bosnien-Herzegowina 16 Monate lagen. Dieser „frozen conflict“ verursacht ein enormes Demokratiedefizit und fördert die ohnehin schon existierenden wirtschaftlichen und justiziellen Probleme vor Ort, so die Referentin. Sie kritisierte in diesem Kontext auch das defizitäre und ineffektive Krisenmanagement der EU und erklärte die Polizeioperationen vor Ort für gescheitert. Dieses Scheitern führt nach Opitz dazu, dass die Bevölkerung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr vertraut und stattdessen die NATO als die wichtigere und vor allem glaubwürdigere Schutzorganisation und Kooperationspartner erachtet. Dr. Anja Opitz plädierte dafür, dass das Land eine verstärkte Selbstverantwortung beim Aufbau eigener Strukturen erhalten sollte. Die Rolle der EU vor Ort sollte sich in Zukunft lediglich als Ideengeber präsentieren und verstärkt Hilfe zur Selbsthilfe leisten solle.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der von der EU verwendete Terminus „westlicher Balkan“ zur Bezeichnung der Region, der von allen Panelteilnehmern als unpassend kritisiert wurde. Der Moderator PD Dr. Barbato verwies beispielsweise darauf, dass der Begriff „ein künstlicher, von der EU erfundener Begriff“ sei und warf zugleich die Frage nach der imperialen Dimension der EU-Osterweiterung auf.

Er gab zu bedenken, dass bedingt durch das starke finanzielle und wirtschaftliche Machtgefälle zwischen alten und neuen (potentiellen) Mitgliedstaaten der EU, die schwächeren Akteure wenige realistische Möglichkeiten hätten, ihre eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen, sodass es seiner Ansicht nach zwangsläufig zu einer Hierarchiebildung zugunsten der EU komme.

Dr. Opitz fügte ergänzend hinzu, dass der kolonial geprägte Terminus westlicher Balkan in keiner Weise von der dort lebenden Bevölkerung übernommen wurde und diese „begriffliche Aufoktroierung“ seitens der EU keinerlei identitätsstiftende Wirkung in der Bevölkerung erzeugt habe. Sie habe diese Erkenntnis allerdings erst bei ihrer Arbeit vor Ort gemacht, als sie erkennen musste, dass die einheimische Bevölkerung wenig Interesse daran hat, sich einer von der EU kreierten übergeordneten Region zugehörig zu fühlen.

**Professor Dr. Göler** warf in diesem Kontext einige konzeptionelle Fragen auf: Wie kann eine erfolgreiche und gleichberechtigte Kooperation der EU mit den osteuropäischen Partnern in Zukunft überhaupt möglich sein, wenn nicht einmal die eigene innere Identität als grundlegende Voraussetzung für Frieden innerhalb der multiplen Ethnien vorhanden ist? Inwiefern kann ein europäischer Gesellschaftsraum überhaupt konstruiert werden? Ist die europäische Integration dabei hilfreich oder ist die Kreation einer Makroregion Donauraum eine absurde Idee?

**Professor Dr. Kratochwil** verwies hierbei auf die grundlegende Fehlannahme der EU, ein identischer geografischer Raum müsse zwangsläufig mit einer regionalen Identität einhergehen und der falschen Vorstellung, eine Region müsse sich „aus sich selbst heraus erklären“. Um auf Augenhöhe mit der Bevölkerung vor Ort zu kooperieren, sollte die EU nach Professor Dr. Kratochwil praxistaugliche, maßgeschneiderte Lösungen für die Region initiieren und umsetzen bzw. Ursachenforschung betreiben anstatt lediglich Lippenbekenntnisse zu formulieren. Der Balkan fungiere seiner Ansicht nach seit jeher als ein „testing ground“ für die neuartigen außenpolitischen Instrumente der EU. Die EU hat bei

der Entscheidung zum Einsatz der Mittel „viel zu schnell und unüberlegt gehandelt“. Nach dem Scheitern der EU-Missionen vor Ort hatte das daraus resultierende Trauma der EU nicht adäquat und selbstständig auf Konflikte reagieren zu können, notwendige Lernprozesse verhindert. „Gewöhnlich entstehen Demokratien nicht durch penicilinartige verabreichte Reformen, sondern durch eine Revolution“ - mit diesen Worten kritisierte Professor Kratochwil die sehr technokratische und reglementierte Polizeimissionen der EU in Osteuropa, die oftmals an banalen Praxisproblemen scheitern. Beispielsweise sei es schwierig einen potentiellen Kriegsverbrecher zu überführen, wenn in dem jeweiligen Land keine Ausweise zur Personenidentifikation existieren. Diese praktischen Probleme würden aber dennoch oftmals einfach ausgeblendet und nach dem Motto „one size fits all“ unpassende Standardkonzepte angewandt, anstatt die echten Probleme von unten anzugehen.

Sehr kontrovers wurde innerhalb des Workshops die Frage diskutiert, welche Auswirkungen die Vergabe von Forschungsgeldern an die oftmals von der EU-Bürokratie vorab klar definierten und eingegrenzten Forschungsfelder wie etwa die Donauraumstrategie haben. Dadurch entstehe ein Agenda-Setting durch die EU, das die Stoßrichtung der Wissenschaft maßgeblich beeinflusse. Kritisiert wurde die Wissenschaftswelt von den Panelisten auch deshalb, da oftmals nur dann Forschung betrieben werde wenn diese mit einer finanziellen Förderung verbunden sind. Projekte ohne finanzielle Anreize werden hingegen nicht berücksichtigt.

**Professor Dr. Kratochwil** nahm Anstoß an dieser Entwicklung und stellte den Sinn und Zweck solcher innovativer Projekte generell in Frage. Seiner Meinung würden seitens der EU Prozesse und Ideale die nicht wirklich gelebt würden verkauft, dabei bliebe allerdings die Frage offen, was Ziel und Zweck der Projekte sei. Die akademische Welt fungiere dabei als Erfüllungsgehilfe der EU-Kommission und hinterfrage die zweifelhaften Forschungskonzepte nicht, solange damit nur finanzielle Förderungen verbunden seien. Dadurch nehme der Akademiker seine Verantwortung als Forscher nicht wahr, Gelder würden verschwendet werden. Seiner Meinung haben auch Wissenschaftler eine Art hippokratischen Eid zu leisten – wenn keine Aussicht auf Heilung besteht, sollte der Patient allerdings auch nicht behandelt werden. „Viel hilft viel ist die falsche Devise“, gab er zu bedenken.

**Professor Dr. Göler** warf die Frage auf, ob innerhalb der geschaffenen Cluster, beispielsweise im Rahmen der Donauraumstrategie, nur deshalb eine Kooperation mit

osteuropäischen Wissenschaftlern anvisiert werde, weil dann die Wahrscheinlichkeit Drittmittel zu akquirieren höher ist, oder ob eine Kooperation auch ohne diesen Umstand stattfinden würde. Außerdem müsse grundsätzlich bedacht werden, was mit einer gemeinsamen Forschung im Cluster erreicht werden solle: In erster Linie eine Intensivierung der Forschungspartnerschaft zwischen Ost und West oder aber ernsthafte wissenschaftliche Ergebnisse.

In seinem Impulsreferat gab **Professor Dr. Stahl** einen Einblick in seine Zeit als Professor für Europäische Integration und Hochschulberater in Serbien. Mit den Worten „weder Jean-Monnet noch Max Weber sind nach Osteuropa vorgedrungen“ machte Stahl hierbei auf die teilweise gravierenden kulturellen Differenzen zwischen Ost- und Westeuropa und die daraus resultierenden „extremen Gräben in der Wissenschaftswelt“ aufmerksam. Gespeist durch seinen eigenen Forschungs- und Lehraufenthalt war seine persönliche Erfahrung die, dass im Osten Europas die Überzeugung vorherrsche, dass Erfolg nicht zwangsläufig mit eigener Leistung sondern mit guten Beziehungen zu tun hat – im Gegensatz zum im Westen bestehenden Glaube an die Leistungsgesellschaft. Insbesondere die ältere Generation sei stark kompetitiv und wisse um die Wichtigkeit persönlicher Kontakte. Ein Interesse am „common good“ Wissenschaft habe er oft nicht erkennen können.

**Dr. Opitz** sieht in der Kooperation mit osteuropäischen Wissenschaftlern vor allem eine Chance, die dortige Struktur und die Systematik zu verstehen. „Wissenschaft ist ein Vehikel mit dem wir Ausbildungs- und Aufklärungsarbeit leisten können“ und kein Masterplan, so die Politikwissenschaftlerin.

„Eine spannende Konferenz mit neuen Impulsen für die Bildung, Wissenschaft und Forschung im Donauraum“ so lautete das abschließende Resümee des Gastgebers Prof. Dr. Daniel Göler. Er dankte den Teilnehmern und ermunterte sie dazu, sich nach der Implementierungsphase der Donauraumstrategie erneut dem Thema zuzuwenden und deren Ergebnisse kritisch zu analysieren.

## Zu den Passauer Jean Monnet Papieren

Die Passauer Jean Monnet Papiere werden vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau herausgegeben. Sie dienen der Veröffentlichung der verschiedenen, von der Europäischen Kommission geförderten Projektaktivitäten des Jean-Monnet-Lehrstuhls und stehen darüber hinaus auch besonders qualifizierten Studierenden zur Publikation ihrer Arbeiten offen. Interessierte Autoren können Manuskripte unter [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de) einreichen.

## Impressum

Universität Passau  
Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik  
Dr. Hans-Kapfinger-Str. 14, 94032 Passau  
E-mail: [jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de](mailto:jeanmonnet.lehrstuhl@uni-passau.de)  
Fon: +49 (0)851 509 2981  
Fax: +49 (0)851 509 2977  
[www.uni-passau.de/goeler](http://www.uni-passau.de/goeler)

ISSN: 2194-1580

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Programm für  
lebenslanges  
Lernen